



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist geschafft und wie immer war es nochmal hektisch. Denn alles, was zwischen den Regierungsfractionen verhandelt wird, muss Anfang der Woche geeint sein, um das Plenum noch zu erreichen. Ansonsten werden die Verhandlungen nach der Sommerpause des Parlaments wieder aufgenommen. Es besteht also ein gewisser Zwang, die Köpfe zusammenzustecken und sich auf den anderen zuzubewegen. Dies kann ganz gut sein, um Notwendiges zu beschließen. Für die Abgeordneten bedeutet das einen Abstimmungsmarathon am Donnerstag und Freitag, aber wir nehmen es sportlich, denn wir brauchen Ergebnisse in dieser schwierigen Zeit. So konnten wir ein umfangreiches Gesetzespaket für den schnelleren Ausbau des Ökostroms aus Wind und Sonne beschließen, die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Bereitstellung von Ersatzkraftwerken, ein Beschleunigungsgesetz für die Bundeswehr, einen Untersuchungsausschuss zum Afghaneinsatz, den NATO-Beitritt von Finnland und Schweden sowie eine Änderung des Hopfengesetzes, um heimische Erzeugnisse zu stützen. Was es sonst noch gab, lest ihr im Folgenden.

## *Neustart im Sport!*

Mit 25 Millionen Euro wollen wir dem Sport nach Corona wieder auf die Sprünge helfen. So sollen Aus- und Weiterbildungsangebote bezuschusst werden, um Vereine vor allem bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Trainer\*innen sowie Übungsleiter\*innen zu unterstützen. Das stärkt das Ehrenamt und soll zeitgleich der Rückgewinnung von Mitgliedern dienen. Denn nur wenn es Trainer\*innen in den Vereinen gibt, die Kurse und Trainingsgruppen leiten können, gibt es die Chance, dass Sportbegeisterte den Weg zurück in die Vereine finden. Die Mitgliedschaft in einem Verein erleichtern wollen wir mit Gutscheinen. Zusätzlich setzen wir auf vielfältige Anreize, um sportliche Aktivitäten in und außerhalb des Sportvereins aufzunehmen, z. B. mit Vereinsevents und Aktionstagen sowie Sportboxen im öffentlichen Raum. Besonders Mädchen und Frauen, Menschen mit geringem Einkommen oder mit Migrationshintergrund sollen in einer begleitenden Werbekampagne gezielt angesprochen werden. Alles in allem ein starkes Paket, von dem auch Dortmunder Vereine profitieren!

## *Verbrenner-Aus ab 2035*

War es in der Großen Koalition die Union, die uns mit ihren rückwärtsgewandten Ansichten das Leben schwermachte, so ist es jetzt die FDP. Nun haben sie das „Aus“ des Verbrennungsmotors für PKW und leichte Nutzfahrzeuge ab 2035 auf EU-Ebene blockiert. Zum Glück sind Gesellschaft, Wirtschaft und andere EU-Länder fortschrittlicher, sodass diese Blockade weniger dramatisch ist, als sie klingt. Der Wandel ist längst in vollem Gange und das Ende der alten Technik absehbar. Aber worum geht es konkret? Das europäische Parlament hat das Aus beschlossen. Dem müssen alle Mitgliedsländer zustimmen. Die FDP möchte jedoch, dass Verbrenner weiterhin gebaut werden dürfen, wenn diese mit klimaneutralen Kraftstoffen (E-Fuels) betrieben werden können. Synthetische Kraftstoffe sind allerdings extrem ineffizient. Ihre Produktion ist energieaufwendig und die Wirkung gering. Im Vergleich würde ein Elektro-Auto drei- bis fünfmal weniger Strom verbrauchen. Das macht diese Kraftstoffe und den Verbrauch deutlich teurer. Daher ist nicht zu erwarten, dass viele Autobauer sich darauf einlassen werden. Zumal bei der Verbrennung weiter Schadstoffe wie Stickoxide ausgestoßen werden. Für Schiffe und Flugzeuge könnten die Kraftstoffe jedoch eine Lösung sein, da dort Schweröl bzw. Kerosin genutzt werden. Die Europäische Kommission erarbeitet nun einen neuen Vorschlag, der Fahrzeuge mit synthetischen Kraftstoffen zulässt.

---

## *Abschaffung kostenloser Corona-Tests – mit Ausnahmen*

Ab dem 1. Juli gibt es nicht mehr die Möglichkeit, sich kostenlos ohne konkreten Anlass testen zu lassen. Benötigt man einen Test, weil man z. B. eine rote Corona-Warn-App hat oder auf ein Konzert / zu einer Familienfeier geht, bekommt man diesen mit drei Euro Eigenanteil. Dafür muss eine Selbstauskunft unterschrieben werden, die Zweck und Zahlung der Testung beinhaltet.

Möchte man sich aus einem anderen Grund testen lassen, der sozusagen nicht anerkannt wird, ist dies weiterhin möglich, allerdings muss der Test dann komplett bezahlt werden. Der Preis variiert je nach Testzentrum und liegt zwischen 12 und 25 Euro. Deswegen lohnt vergleichen!

Einen kostenlosen Corona-Test gibt es nach wie vor für u. a. Besucher\*innen und Behandelte oder Bewohner\*innen von Pflegeheimen, Krankenhäusern und Einrichtungen, für Menschen mit Behinderung sowie für pflegende Angehörige. Außerdem sind die Corona-Tests für kleine Kinder unter fünf Jahren, Schwangere in den ersten drei Monaten und Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können sowie Personen, in deren Haushalt sich jemand mit dem Virus angesteckt hat, weiter kostenlos.

Mit der geänderten Testverordnung werden auch die Vergütungen für die Teststellen gesenkt und keine neuen mehr zugelassen. Grund für die neue Richtung sind die hohen Ausgaben: Die Bürgertests kosten dem Bund jeden Monat eine Milliarde Euro! Das ist angesichts der angespannten Haushaltslage nicht auf Dauer zu leisten, zumal die Bundesländer sich weigern ihren Anteil zu zahlen. Zudem wurde viel Missbrauch durch Testcenter betrieben. Auch wenn es dadurch für alle bürokratischer wird, kann ich den Schritt von Karl Lauterbach nachvollziehen. Das ganze Test-System gehört auf den Prüfstand. Es gab hier zu viel Spielraum, der von vielen ausgenutzt wurde. Bis zum Herbst / Winter sollte hier deutlich nachgebessert werden.

Infos zur Handhabung in NRW gibt es hier <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/nationale-teststrategie/faq-covid-19-tests.html> und hier gibt es das Formular zum Ausfüllen: <https://www.mags.nrw/coronavirus-tests>

---

## ***Olaf Scholz als Gastgeber – G7-Gipfel in Bayern***

Der Bundeskanzler hat beim dreitägigen G7-Gipfel die Staats- und Regierungschefs von den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan in Elmau empfangen. Sein Ziel: Geschlossenheit gegen Putin. Dies hat Olaf erreicht und er erntete viel Lob von den anderen Chefs für sein bisheriges Handeln.

Das Treffen wurde als Krisengipfel bezeichnet, weil die Tagesordnung geprägt war von einer Häufung von Krisen, wie es sie wohl in der fast 50-jährigen Geschichte der G7 nicht gab. Dominierendes Thema waren Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine weltweiten Folgen, wie die steigenden Kosten und die Energie- wie Nahrungsmittelkrise. Darüber hinaus wurden die Klimakrise und die Folgen der weltweiten Corona-Pandemie diskutiert.

Indien, Indonesien, Argentinien, Südafrika und Senegal nahmen auf besondere Einladung teil. Hintergrund ist, die Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten weltweit zu vertiefen – gerade auch in Abgrenzung zu autoritär regierten Staaten wie Russland und China.

Die G7 verständigten sich auf weitere finanzielle, militärische, humanitäre und diplomatische Unterstützung für die Ukraine. Zudem kündigten sie neue Sanktionen gegen Russland an, unter anderem gegen dessen Rüstungsindustrie. Darüber hinaus wurde ein 600 Milliarden Dollar umfassendes Infrastrukturpaket auf den Weg gebracht, das Entwicklungs- und Schwellenländer in Asien, Afrika und Lateinamerika helfen soll.

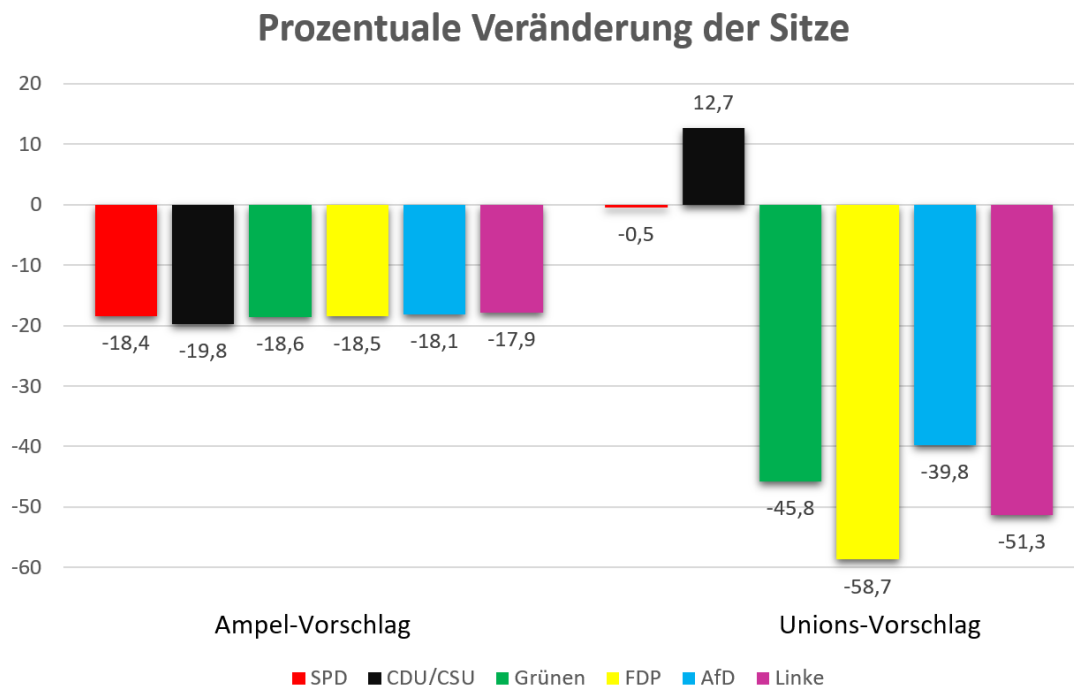
---

## ***Bundestag soll verkleinert werden***

Diese Woche haben wir Eckpunkte für eine Wahlrechtsreform beschlossen, die wir bis Ende des Jahres abschließen wollen. Die Änderung ist dringend nötig, da der Bundestag in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen ist. Grund dafür sind die Überhangmandate, die wiederum viele Ausgleichsmandate nach sich ziehen. In der Summe steigen so die Kosten: Immer mehr Abgeordnete und dementsprechend mehr Personal müssen finanziert werden. Zudem werden die Räume eng und es werden weitere Gebäude benötigt. Auch die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Bundestages leidet. Ziel ist nun eine Begrenzung auf 598 Sitze – aktuell haben wir 736, davon 138 Überhang- und Ausgleichsmandate. Diese schaffen wir nun ab.

Stattdessen ist nun Folgendes vorgesehen: Überhangmandate entstehen bislang, wenn eine Partei mehr Direktmandate holt, als ihr laut Zweitstimmenergebnis zustehen würden. Die Lösung sind nun Ersatzstimmen. Das bedeutet, jede\*r Bürger\*in gibt neben der Erststimme auch eine Ersatzstimme für einen weiteren Kandidaten einer anderen Partei ab. Die Ersatzstimme greift, wenn eigentlich ein Überhang entstehen würde. Im Ergebnis könnte das dazu führen, dass Direktmandate nicht immer an den Erststimmen-Sieger in einem Wahlkreis fallen. Das wird aber eher selten der Fall sein.

Mit der Union hatten wir in der vergangenen Wahlperiode ebenfalls sehr lange über eine Reform diskutiert, aber ihrem Vorschlag konnten wir nicht zustimmen. Daher gab es nur kleinere Veränderungen. Die folgende Grafik veranschaulicht ganz gut das Problem: Die Union hat nämlich mal wieder nur an sich gedacht! Im Gegensatz dazu unser Vorschlag: Hier verliert jede Partei gleichermaßen an Sitzen. Das ist fair und ausgeglichen. (Grafik-Quelle: Stellungnahme Prof. Dr. Joachim Behnke, Zeppelin Universität Friedrichshafen).



Jetzt geht es ab in die Sommerpause und ich freue mich schon riesig darauf. Pause heißt natürlich nicht sechs Wochen die Füße hochlegen, sondern ich bin schon im Wahlkreis unterwegs. Aber zwei Wochen davon fahre ich mit der ganzen Familie in den Urlaub. Zwei Jahre haben wir diese Reise aufgrund von Corona verschoben, jetzt ist es soweit und sogar die Oma ist mit von der Partie. Drückt uns die Daumen, dass wir gut ankommen und viel Spaß haben. Denn für mich ist es jetzt auch an der Zeit, die Seele baumeln zu lassen. Euch wünsche ich ebenfalls eine schöne Zeit und bleibt gesund!

Eure

*Sabine*